

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einbezug 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Vollzüge, Verkaufsstelle von Holzspalten auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. S.: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 70

Dresden, Dienstag, 24. März

1925

## Fehrenbach über Ebert.

Wagburg, 23. März.  
Als erster Zeuge in der Montagverhandlung des Reichstages wurde der ehemalige Reichskanzler Fehrenbach vernommen, der zu Beginn seiner Vernehmung erklärte, zu den eigentlichen Vorgängen im Januar 1918 aus eigenem Erleben nichts sagen zu können. Er sei nur in der Lage, im allgemeinen ein Bild von der Persönlichkeit des verstorbenen Reichspräsidenten zu geben:

Ich habe mit Ebert während des Krieges sehr lange im Reichstag, in den Ausschüssen usw. zusammengearbeitet und habe dabei in Ebert einen durchaus zuverlässigen patriotischen Mann kennen gelernt.

Er hat mir nie Gelegenheit gegeben, daran zweifeln zu können. Ebert war kein Revolutionär. In jener Woche, als die Revolution ausbrach, hatten wir eine interfraktionelle Sitzung, in der ein Mitglied — es war nicht Ebert — der S. P. D. in interessanter Weise über die Stellung der Sozialdemokratie zur Monarchie sich geäußert hat.

Er sagte, wir sind Sozialdemokraten, wir sind Sozialisten, aber die Republik steht nicht in unserem Programm. Wir können unsere wesentlichen Ziele auch in der Monarchie erreichen. Wir sind Demokraten, und als solche tragen wir die tiefste Meinung, daß die Republik des deutschen Volkes monarchisch gesamt ist.

Von einem weiteren Mitglied Kaiser Wilhelm II. oder des Kronprinzen kann keine Rede sein, aber wir sind bereit, den ältesten Sohn des Kronprinzen unter einer Vormundschaft oder Regenschaft als Kaiser anzuerkennen.

Das war die Meinung der S. P. D.-Fraktion. Am Dienstag und Mittwoch der Woche ist dann Ebert zu mir gekommen und hat mich darüber unterrichtet, wie er im Osten und Nord in zwei großen Gewerkschaftsversammlungen die Arbeiter von den revolutionären Verbänden abzubringen versuchte und wie ihm das gelungen sei.

Vorsitzender: Herr Zeuge, erinnern Sie sich, daß der damalige Abgeordnete Ebert im Haus der Reichstages eine Rede gehalten hat, in der er das Vorgehen des österreichischen Proletariats, das damals in einem Munitionsarbeiterstreik stand, mit aller Sympathie begrüßte?

Zeuge Reichskanzler a. D. Fehrenbach: Man muß bei Beurteilung einer solchen Rede die damalige Situation im Reichstag sehen. Alle Kreise des Volkes, die damals noch an einen guten Ausgang des Krieges glaubten, sahen in dem Verhalten des Generals Hoffmann, der in Dresden Friede schließen sollte, den Anfang des Zusammenbruchs. Auch ich persönlich hatte das Gefühl und brachte auch meine Meinung damals zum Ausdruck,

daß diese Geschichte (Friedensschluß in Dresden) nicht gut ausgeht, und da ist es das Recht jeder Partei, die einen vernünftigen Friedensschluß wollte, alles zu tun, um eine Katastrophe zu vermeiden.

Auf weitere Fragen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge: Ich glaube nicht, daß Ebert angefordert hat, den Befehlungsbeschlüssen Folge zu leisten.

Nach seiner ganzen Einstellung zur Landesverteidigung ist das unmöglich.  
Was den Schluß seiner Rede im Haus der Reichstages anbelangt: „Wir drohen nicht, aber wir warnen“, so ist dazu zu sagen, daß solche und ähnliche Aussprüche von allen Parteien gebraucht wurden. Man darf auch nicht verlangen, daß eine Partei, obwohl sie eifrig zur Landesverteidigung stand, nun an den Maßnahmen der Regierung keine Kritik üben dürfe. Das haben alle Parteien getan, auch meine Partei.

Auf eine Frage der Staatsanwaltschaft erklärt der Zeuge, daß sich das Verhältnis zwischen Regierung und Sozialdemokratischer Partei nach dem Januarereignis geändert habe und bis zur Beendigung des Krieges das gleiche geblieben sei.

Generalleutnant Eder v. Braun, im Jahre Direktor des Erziehung- und Arbeitsdepartements, äußert sich über die vom Zeugen Bauer erwähnte Reklamation des ältesten Sohnes Eberts: Eines Tages erschien Reichstagsabgeordneter Bauer bei mir und erzählte mir, Ebert hätte im Felde zwei Söhne verloren, ein Dritter, der Älteste, sei schon im Jahre 1916 schwer verwundet worden und sollte jetzt wieder ins Feld. Ebert wäre außerordentlich erschüttert durch den Verlust, vor allem stünde auch Frau Ebert vor einem körperlichen und seelischen Zusammenbruch. Er fragte, ob eine Reklamation nicht möglich sei. Ich erwiderte, das Einfachste wäre, wenn der Abgeordnete Ebert ein Gesuch einreichen würde.

Darauf erklärte Herr Bauer, Ebert wisse nichts von seinem Schritt. Außerdem sei er überzeugt, daß Ebert sich nicht dazu herbeilassen würde.

Der General machte darauf ein Gesuch. Später hat er gehört, daß der älteste Sohn verlustig beim Erziehungsposten war. Ob er später wieder ins Feld kam, weiß der Zeuge nicht. Der Zeuge gibt zu, daß es ein Fall war, der selten vorgekommen ist, daß ein Vater nicht einmütig in ein Reklamationsgesuch um den Sohn. Mit Ebert selbst hat er über die Reklamation nicht gesprochen. Ebert hat auch nie von der Sache gesprochen. Als der vierte Sohn eingezogen werden sollte, wurde von der Frau Ebert, in der er als qualifizierter optischer Arbeiter beschäftigt war, seine Zurückstellung beantragt. Im regelrechten Gang der Dinge wurde dieser Sohn befristet zurückgestellt, aber nach Ablauf der ersten Zurückstellung auch dieser vierte Sohn zum Beresdienst eingezogen.

Oberregierungsrat Kaufhold vom Bureau des Reichstages gibt Auskunft über das Zustandekommen der Protokolle des Reichshaushaltungsausschusses und legt das von Eberts Frau korrigierte Protokoll seiner Rede vom 22. Januar 1918 vor.

Zeuge Rieth hat dem Zeugen einen langen Schriftsatz eingereicht, in dem er sich ansehend nochmals beschwert, daß der Gerichtshof ihn nicht genügend angehört hat.

Neue Zeugenladungen.  
Während auf Antrag der Staatsanwaltschaft Rechtsanwalt Meine als Zeuge geladen wird,

beantwortet die Verleibung die Ladung von Davidsohn, der bezeugen will, daß das Erinnerungsvermögen Scheidemanns an die vorrevolutionären Vorgänge sich sehr getrübt hat, und von Ledebour, der bezeugen soll, daß Ebert in der Streitleitung befreit gewesen sei, einen maßgebenden Einfluß im Sinne der Streitleitung ausübte.

In der Nachmittagssitzung teilt der Vorsitzende mit, daß die sächsische Staatsregierung die Genehmigung zur Vernehmung des früheren Staatsministers Landt verweigert hat.

Die Verleibung verzichtet deshalb auf den Zeugen.  
Der frühere Polizeipräsident in Kiel, Polke, im Kreise Parteifreunde der S. P. D., schildert die Umstände für den Ausschluß des Streiks in Kiel und den Verlauf.

Der Zeuge hat selbst dahin gewirkt, daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde im Interesse der Landesverteidigung und hat in einer Versammlung zur schnellen Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Trotzdem der bei der Abstimmung von 10 000 Abstimmenden 6000 für Fortsetzung des Streiks waren, wurde die Arbeitsaufnahme durchgesetzt. Ausdrücklich erklärt der Zeuge, daß von der Berliner Parteileitung keine Weisungen zum Streik gekommen sind. Von Zeugen und anderen Versammlungsteilnehmern ist gesagt worden, daß Befehlungsbeschlüsse Folge zu leisten sei.

Der Zeuge warde, damals Vorsitzender des Kieler Gewerkschaftsrates, gibt ebenfalls eine Schilderung vom Ausbruch des Streiks in Friedrichsberg bei Kiel und vom Streik auf der Germania-Werft, der für den Zeugen überaus wichtig war.

Ein Versammlungsverbot hatte zur Folge, daß die Arbeit erst wieder am 1. Februar aufgenommen wurde. Auch dieser Zeuge bekam keine Weisungen aus Berlin. Zeugen, der in Kiel war, habe sich dahin ausgesprochen, daß der Streik bald wieder in Ordnung kommen und die Arbeit wieder aufgenommen werden müsse.

Zeuge Schulz, damals Vorstandsmitglied der S. P. D. in Kiel, bezeichnet den Streik in Kiel als Hungerstreik. Um es zu keiner Katastrophe kommen zu lassen, sei die Partei in die Streitleitung in Kiel eingetreten.  
Von der Parteileitung in Berlin kamen keine Weisungen. Ausdrücklich sei in den Versammlungen auf die Schließung der Frontsoldaten durch den Streik hingewiesen worden. Die Parteileitung in Berlin habe bis zum Schluß den Krieg mit einem Siege beenden wollen.

Der Schiffbauer Bertold von der Kaiserlichen Werft spricht ebenfalls von einem Hungerstreik. Er bestätigt, daß in den Versammlungen zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert wurde. Die Auslagen des Eisenbahnhilfschaffners Faerber stehen im Widerspruch zu den Behauptungen der übrigen Zeugen. Er erklärt, daß in einer Versammlung

zur Bildung von Arbeiter-räten aufgefordert worden sei. Im übrigen sind seine Aussagen so verworren, daß sie kein klares Bild bieten, sondern den Anschein erwecken, daß der Zeuge die Januar-Ereignisse mit denen des November verwechselt.

Die Verhandlung wird auf Dienstag vertagt.

Ludendorff verzichtet nicht.  
München, 24. März.  
Zu den Bestrebungen der Sächsischen in Norddeutschland, Ludendorff zu einem Verzicht auf seine Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl zu bewegen, ist der „Völkische Kurier“ in der Lage, zu versichern, daß General Ludendorff nicht daran denkt, auf die einmal ausgesprochene Kandidatur zu verzichten.

Es handelt sich bei den betreffenden Meldungen um ein reines Gerücht.

## Um die Außenpolitik der Reichsregierung.

### Alideutsche Angriffe.

Berlin, 24. März.  
Der Gesamtverband des Alideutschen Verbandes hat in Dresden unter dem Vorsitz des Nationalrats Glogg getagt und eine Entschließung gefaßt, in der er sich scharfe Angriffe der Hauptleitung des Alideutschen Verbandes gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann zu eigen macht.

Diese Angriffe stehen mit den außenpolitischen Anregungen in Verbindung, die von deutscher Seite in Bezug auf den Abschluß eines Sicherheitsvertrages gemacht worden sind.

Die „Zeit“ bemerkt dazu: „Wenn der Alideutsche Verband diese Anregungen zum Anlaß nimmt, zu verlangen, daß der Reichsaussenminister vorher vor den Staatsgerichtshof gestellt werde, so kann man dies angesichts der Haltung der gesamten übrigen Öffentlichkeit auf sich beruhen lassen.“

Das Reichstagsblatt hat sich bei dieser außenpolitischen Frage vollständig auf Seite des Außenministers gestellt.

Als der auswärtige Ausschuh des Reichstages darüber verhandelte, ist diese Politik von den bürgerlichen Parteien gebilligt worden.

Nach die Deutschnationalen teilen nach der Aussprache, die am Sonntag mit dem Reichskanzler stattgefunden habe, keineswegs die Auffassung des Alideutschen Verbandes. Dieser Verband steht also mit seinen extravagantesten Forderungen allein.

Die Entschließung des Alideutschen Verbandes, die oben erwähnt wurde, besagt unter anderem: Er verurteilt diesen wieder die Ehre des deutschen Volkes verstoßenden, überdies politisch hochgefährlichen Versuch des Ministers, über den Kopf des Reichstages und der öffentlichen Meinung hinweg über ungerichtete deutsche Ansprüche zu verfügen, als schwerste Sünde gegen die deutsche Zukunft und mit alle Völkern auf, ihn im Kampfe gegen das Fortschreiten auf dieser verhängnisvollen Bahn zu unterstehen.

Von den vaterländischen Verbänden insbesondere erwartet der Alideutsche Verband, daß auch sie diese Politik des Ministers Dr. Stresemann verwerfen, ihre Forderung ummöglich machen, darüber hinaus aber mit allem Nachdruck die Erhebung der Anklage gegen den Reichsaussenminister vor dem verfassungsmäßigen Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich betreiben.

Weiter heißt es, daß kein Fuß breit deutschen Volkstums fremder Anrecht überlassen werden dürfe. Was deutsch sei, bleibe deutsch und werde und müsse zum Vaterlande zurück.

Die vaterländischen Verbände Dresdens haben der Aufforderung des Alideutschen Verbandes bereits entsprochen und eine Entschließung angenommen, in der es zum Schluß heißt:

Ein Staat, der auf Volksgenossen freiwillig verzichtet, gibt damit Ehre und Ansehen auf. Die vaterländischen Verbände erklären, nicht rufen und ruhen zu wollen, bis die und freiwillig entzifferten Gebiete dem Reiche zurückgewonnen sind, sei es durch Verträge, sei es durch das deutsche Schwert.

Die „Deutsche Zeitung“ schreibt über das Ergebnis der Verhandlungen der Reichsregierung mit den deutschnationalen Führern:

Gewiss wir unterrichtet sind, ist auch die Reichsregierung sehr durchaus bereit, dem vaterländischen Verlangen in weitem Maße Rechnung zu tragen, so daß gegenwärtig folgenreichere Zwistigkeiten überhaupt nicht zu befürchten sind.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst teilt zum selben Thema mit, er habe von unterrichteter Seite erfahren:

Die am Sonntag zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsaussenminister und maßgebenden Vertretern der deutschnationalen Fraktion geführten Verhandlungen haben keineswegs, wie es die „Zeit“ am Montag darzustellen versucht, zu einer Verständigung über die künftige Außenpolitik der Regierung Anlaß geführt. Die Verhandlungen haben lediglich das Ergebnis gehabt, daß die Deutschnationalen vorläufig Herrn Stresemann nicht mehr angreifen, während Stresemann die außenpolitische Aktion bis auf weiteres im positiven Sinne nicht fortsetzen wird. Dieses Abkommen, das im Grunde genommen auf einen Waffenstillstand innerhalb der Regierungskoalition hinausläuft, hat Geltung bis zum Abschluß der Reichspräsidentenwahl. Es wurde vereinbart, da eine Einigung auf der Grundlage der jetzigen Außenpolitik des Herrn Stresemann nicht möglich war.



kommission übermitteln werden soll. Die Hofschaffnerkonferenz wird möglicherweise heute oder morgen zusammengetreten. — „Daily News“ zufolge deuten alle Anzeichen darauf hin, daß eine weitere Verzögerung bei der Aufhebung der Besatzung des Reiches der Kontrollkommission vorzunehmenden Aktion vorzuziehen geplant werde.

Paris, 24. März. Prof. Victor Boissier spricht sich in der heutigen „Revue“ gegen den Plan aus, die Kontrolle des Völkerbundes zu verschärfen. Er schreibt: Deutschland habe das Recht, zu fordern, daß die Frage der Mauerung der Rheinzone geregelt werde, und daß es erwünschelt sei, welche Verpflichtungen ihm bei der Entwaffnung zum Vorwurf gemacht werden und was man noch von ihm fordern könne. Hierüber müßten sich vor allem Frankreich und England verständigen und sie müßten auch gleichzeitig bestimmen, ob, wenn die Rheinzone geräumt werde, die Alliierten über sie ein vollständiges Kontrollrecht ausüben können. Aber dieses zweite Problem müßte entschieden werden nach Sachlage und nicht nach Friedensbedingungen. Deutschland sei verpflichtet, die Kontrolle zu erdulden, die gesetzlich ist. Aber Frankreich habe nicht das Recht, ein Übermaß von Kontrollmaßnahmen zu fordern, die der Vertrag ihm nicht zubilligt.

Kein italienisches Bündnisangebot an England.

London, 23. März. Im auswärtigen Amt wird die sensationelle Pariser Meldung, wonach Mussolini England eine Allianz unter Ausschluss Frankreichs angeboten hat, als völlig aus der Luft gegriffenes Gerücht bezeichnet.

Amerika und die Sicherheitsverhandlungen.

London, 24. März. Wie die „Times“ aus Washington melden, habe das Staatsdepartement bisher noch keine Schritte bezüglich der europäischen Sicherheitsverhandlungen unternommen. Es sei wahrscheinlich, daß Gespräche in dieser Woche beginnen werden, mit Kellogg die europäischen Entwicklungen und Möglichkeiten zu erwägen und Vorschläge für eine Flottenabstimmungskonferenz zu machen. Es seien jedoch bisher keinerlei Änderungen erfolgt.

Die Danziger Briefkastenaftäre vor dem Haager Schiedsgericht.

In seiner letzten Sitzung hat der Völkerbundrat beschlossen, dem ständigen internationalen Gerichtshof im Haag zwei Fragen zur Anstichtklärung zu unterbreiten. Die eine bezieht sich auf die Differenz zwischen Danzig und Polen wegen des polnischen Postamtes in Danzig. Angesichts der Bedeutung der Angelegenheit hat der Völkerbundrat den ständigen internationalen Gerichtshof gebeten, sich demselben mit ihr zu beschäftigen, damit der Rat in seiner Sitzung im Juni Kenntnis von der Ansicht des Gerichtshofes nehmen kann. Der Völkerbundrat hat hierauf den Gerichtshof auf den 14. April 1935 zu einer neuen außerordentlichen Sitzung einberufen. Die gegenwärtige außerordentliche Sitzung wird am 26. März geschlossen werden. Die zweite Frage bezieht sich auf die von der griechischen Regierung wegen der Ausweisung des Patriarchen aus Konstantinopel.

Ueberfall im Prager Deutschen Haus.

Prag, 23. März. Der bei den gestrigen Ausschreitungen der Tschechen im Deutschen Haus verhaftete Zahnarzt Otto Javurek wurde, wie die Polizeikorrespondenz meldet, dem Landesstrafgericht übergeben. Gleichzeitig wurde Strafanzeige erstattet gegen die weiteren Teilnehmer an den Ausschreitungen, nämlich den Agenten Kopyar, die gewesene Waiman Kolenkane und den Oberlehrer Joseph Becka, die aber vorläufig auf freiem Fuß belassen wurden. Die Angelegenheit wird weiterhin streng untersucht.

Sämtliche Blätter verurteilen das Vorgehen der Tschechen. So schreibt „Echo Somo“ über das „Goldene Haus“ der Schwärzenden, diese Wastade habe neben der Behauptung der unheimlichen Schwärzenden ernste Folgen. Der „28. März“ wünscht eine Vereinigung von den Elementen, welche die Besetzung nicht dulden und sagt: Mit einem ähnlichen Fabrikmännigen Rufreien wollen wir nicht gemeinsam haben. Selbst die nationaldemokratischen Wähler nehmen gegen die Tschechen Stellung. So sagt „Dobrot Rovin“ in ihrem Bericht, daß sich vor dem Deutschen Haus viel neugieriges Publikum angesammelt habe, das das gewalttätige Vorgehen der Tschechen verurteilt. „Kano“ schreibt über ein „Tumult nachts“ nach dem Wulter der italienischen „Faschisten“. Die Prager Presse verurteilt dem Verfall auf das Deutsche Haus unter dem

Titel „Dunkle Helde“. Die dunkle Seite, schreibt das Blatt, die das Schneegeschloß am gestrigen Sonntag vormittag dazu mißbraucht hat, sich in die Restaurationsräume des Deutschen Hauses zu begeben, um „sprachreinigend“ dort herumzuwühlern, ist von den überlebenden Studenten mit wohlverdienten Schlägen empfangen worden. Neben den männlichen Reden hat auch eine furchtliche Amazone ihr ebenso dunkel wie fragwürdiges Heldebum bestritten.

Der Streit um die Errichtung eines Flottenstützpunktes in Singapur.

London, 23. März. Im Unterhause erklärte bei einer Debatte über Singapur Macdonald, die Errichtung eines Marinestützpunktes an dieser Stelle werde das Reich nicht stärken, sondern im Gegenteil schwächen, weil dadurch die tieferen Instanzen der Welt wieder belebt würden. Wenn erklärt worden sei, daß der Stützpunkt in Singapur nötig sei, um die „weiße Politik“ Australiens aufrecht zu erhalten, so besage das mit anderen Worten, daß hieraus ohne Zweifel ein bewaffneter Konflikt zwischen Australien und Japan entstehen werde, da sich Australien zweifellos der Einmischung von Japanern widersetzen werde. Sei man aber dieser Ansicht, so dürfe Great Britain diesen Konflikt nicht als Schritt im Interesse der Sicherheit des britischen Reiches hinstellen.

Mussolini widerlegt die Gerüchte über seine Erkrankung.

Rom, 23. März. Am Sonntag, dem Jahrestag des Faschismus, hielt Mussolini vom Balkon des Palazzo Chigi eine kurze Rede, die er als eine Widerlegung der vielfältigen Gerüchte über seine Gesundheit bezeichnete.

Wahl Zaglul Paschas zum Kammerpräsidenten. Auflösung des Parlamentes.

London, 23. März. Das ägyptische Parlament hat den Führer der Opposition Zaglul Pascha mit großer Majorität zu seinem Präsidenten gewählt.

Zaglul Pascha war nach der Ermordung des englischen Generals Chad auf Drängen der Engländer vom König als Ministerpräsident abberufen worden und an seine Stelle war Huzar Pascha, der Vertreter der Nationalpartei gegenüber der englischen Delegation, an die Spitze der Regierung getreten. Die Zaglul-Partei hat den Wahlkampf mit der Parole: Befreiung der Regierung geführt. In Londoner politischen Kreisen ist man über den Erfolg Zagluls sehr enttäuscht.

Wie weiter später aus Kairo meldet, hat das ägyptische Ministerium infolge der

Wahl Zagluls zum Kammerpräsidenten seine Entlassung eingelegt. Der König hat jedoch die Entlassung abgelehnt, worauf das Parlament aufgelöst wurde.

Weiter meldet Kairo zur Auflösung des ägyptischen Parlamentes: Die Kammer war damit beschäftigt, ihr Bureau zu wählen, als plötzlich 7 Uhr 45 Min die Türen aufstiegen und Ministerpräsident Huzar Pascha gefolgt von den Ministern eintat, sich setzte, und dem Präsidenten ein Schreiben gab, daß er zu sprechen wünsche. Dann verlas er das Dekret, durch welches das Parlament für aufgelöst erklärt wird. Zaglul Pascha stand wie zu Stein verwandelt.

Kleine politische Nachrichten.

Berlin, 23. März. Der Stellvertreter des Reichspräsidenten Dr. Simons ist heute 11 Uhr 17 Min. vormittags aus Leipzig in Berlin eingetroffen. Er hat sich gleich darauf dem Reichskammerpräsidenten und empfing gegen 12 Uhr den Reichsminister Schuler.

Am 22. März fand hier eine Tagung der Fachgewerkschaft der Eisenbahnstationen, des Eisenbahnverkehrs und des Eisenbahnwesens statt. Am 27. und 28. Januar beschloß die Einheitsorganisation mit dem Deutschen Eisenbahnerverband zu beraten. Von den 42 Delegierten sprachen sich 20 für die Einheitsorganisation aller Eisenbahner und 15 dagegen aus. 7 Delegierte enthielten sich der Stimme, sind aber Anhänger der Einheitsorganisation. Im Anschluß an diese Tagung wurde noch am gleichen Tage die Bildung einer Fachgruppe der Stationskassierer, Kassabehelfer und Kassagehilfen in der Einheitsorganisation beschlossen.

Genf, 23. März. Bei den am Sonntag erfolgten Stadtratswahlen in Zürich erhielten die Sozialisten die absolute Mehrheit mit 64 von 125 Stimmen.

Der Buchdruckerstreik dauert an. Die Buchdrucker fordern eine Vollerhöhung von 50 Proz. für die kommunistische Zeitung erscheint wie gewöhnlich. Für die übrigen Zeitungen wird ein gemeinsames Blatt herausgegeben werden.

Rostau, 23. März. Ein von Tiflis nach Sutschum fliegendes Flugzeug geriet am 21. März in Brand und stürzte ab. Dabei sind ums Leben gekommen: Magnitow, Mitglied des Präsidiums des zentralen Exekutivkomitees der Sowjetunion und Mitglied des Kriegskomitees der Union, Vizepräsident des Volksrates der transkaukasischen Abordnung, ferner Woglowski, Vorsitzender der außerparlamentarischen Kommission Transkaukasien, ferner Karabekow, Vizepräsident der Volk- und Telegraphenkommission der Sowjetunion für Transkaukasien; außerdem zwei Piloten, Spiel und Sagoradze. Die verunglückten Mitglieder der transkaukasischen Regierung hatten sich im Flugzeuge nach Sutschum begeben, um an der Eröffnung des Sowjetkongresses der

Republik Abchasien teilzunehmen. In Transkaukasien wurde eine vierstägige Trauer verhängt.

Dresden.

Reichspräsidentenwahl. Für die am Sonntag, den 29. März, festgesetzte Reichspräsidentenwahl ist die Stadt Dresden in 299 Stimmbezirke eingeteilt worden. Die Abstimmungszeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Die Einteilung der Stimmbezirke, die Abstimmungsräume für die einzelnen Stimmbezirke und die Namen der Abstimmungsleiter und ihrer Stellvertreter sind aus den Bekanntmachungen zu sehen, die in den einzelnen Stimmbezirken an den öffentlichen Aufschlagsstellen angebracht sind. Die Stimmzettel werden wie bei der Reichstagswahl amtlich hergestellt und am Wahltag im Abstimmungsraum zugleich mit den Stimmzetteln umschlagen den Stimmberechtigten ausgehändigt. Andere als die amtlich hergestellten Stimmzettel sind unzulässig. Die amtlichen Stimmzettel enthalten alle zugelassenen Wahlvorschläge. Unter dem Namen des zuletzt aufgeführten Kandidaten schlägt sich ein freigeschriebener Raum (ein freies Feld) an. Der Stimmberechtigte kann hierin bei der Wahl in dem abgetrennten, gegen Licht geschützten Nebentraum auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder durch Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise, welchem Kandidaten er seine Stimme geben will; das + innerhalb des vorgedruckten Kreises ist die beste Kennzeichnung. Will der Stimmberechtigte keinen der vorgeschlagenen Kandidaten seine Stimme geben, so schreibt er den Namen der Person, der er seine Stimme geben will, auf den Stimmzettel in das hierzu freigeschriebene Feld, dann setzt er den Stimmzettel im Nebentraum in den Umschlag und überträgt hierauf diesen dem Abstimmungsleiter, der ihn in die Stimmurne legt. Stimmzettel, die den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, sind unzulässig. Anträge auf Veränderung von Stimmzetteln werden nur bis Freitag, den 27. März, nachmittags 3 Uhr im Wahl- und Stenamt, Randhaushr. 17, Erbg., entgegengenommen.

Umsatzsteuererhebung. Vom 1. April ab geht die Veranlagung und Erhebung der Umsatzsteuer für das gesamte Dresdner Stadtgebiet auf die Finanzämter über. Wegen der Umstellungarbeiten werden am 30. und 31. März das Umsatzsteueramt und die Umsatzsteuerkasse Secretärstraße 4/6 nur für die Erledigung der dringendsten Geschäfte offen gehalten. Das Postfachkonto des Umsatzsteueramtes — Postfachamt Dresden Nr. 1490 — und das Konto Nr. 8900 des Umsatzsteueramtes bei der Stadtkassa — Stadtkassendirektion — werden am 31. März geschlossen. Überweisungen auf diese Konten dürfen daher vom 1. April ab nicht mehr erfolgen, vielmehr sind alle Zahlungen auf Umsatzsteuer ausschließlich an das für die Betriebskassen zuständige Finanzamt zu leisten. Insofern das städtische Vollstreckungsamt wegen rückständiger Umsatzsteuer mit der Einziehung beauftragt ist, haben die Zahlungen an dieses zu erfolgen.

Wohnungsplanänderung. Für das von der Gosanderstraße aus etwa 1500 m gelegene Gebiet von der ehemaligen Telegraphenkassette bis zur Zingstraße ist ein neuer Flächennutzungsplan aufgestellt worden, der 4 Wochen lang zu jedermanns Einsicht im Rechen Rathaus (Ringstraße 10, Zimmer 434) öffentlich ausliegt.

Auflösung der Abteilung für Auslieferung. Der öffentliche Arbeitsnachweis Dresden und Umgebung teilt mit, daß die Abteilung für Auslieferung, Hauptstraße 5, II., am 31. März aufgelöst wird. Die Unterabteilungen der Auslieferung werden vom 1. April ab in der gleichen Weise erledigt, wie für alle übrigen Gewerkschaften. Die Auslieferung haben sich von 1. April ab mit einer Bescheinigung ihrer Firma über den Zeitpunkt und Grund des Aufhehens in den Aufnahmestellen anzumelden, für männliche Kräfte Breite Straße, Ecke Wallstraße, Halle 2, für weibliche Kräfte Eingang Ringstraße gegenüber der Deutschen Bank, Halle 4. Die Arbeitsgeber werden gebeten, beim Aufsuchen in großem Umfang dem Arbeitsnachweis möglichst zeitig vorher Kenntnis zu geben, damit die Vorarbeiten für die Unterabteilungsgewährung rechtzeitig erledigt werden können. Alle weiteren Auskünfte erteilen die Unterabteilungen des öffentlichen Arbeitsnachweises Dresden und Umgebung, Wallstraße 17, Telefon 26881.

Kugelfische der Postkarten und Drucksachen in Kartensorten. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: In den Verbandskreisen bestehen ansehnend noch Unklarheiten darüber, inwiefern der Abnehmer über die Aufschriftlichkeit der Postkarten und Drucksachen in Kartensorten verfügen kann. Nach den Bestimmungen der Postordnung muß bei diesen Verbandsgegenständen mindestens die rechte Hälfte der Aufschriftlichkeit frei sein von allen sich nicht auf die Befriedigung bestimmter Angaben. Die Befreiung des Absehens ist hiernach auf der linken Hälfte der Aufschriftlichkeit anzubringen. Die Aufnahmestellen, wonach bei Postkarten und Drucksachen in Kartensorten mit geteilter Aufschriftlichkeit, deren linke Hälfte mit Notierungen versehen ist, im inneren Beschriftungsbereich hinweggeräumt werden konnte, wenn die rechte Hälfte der Vorderseite für die Absehensangaben mißbraucht worden war, ist mit Wirkung vom 31. Dezember 1934 aufgehoben worden. Gebungen, die den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechen, werden nicht befreit.

Brandversicherungsbetriebe. Für die Brandversicherung wird am 1. April 1935 ein

Advertisement for Adagio-Zigarette. It features an illustration of a man in a tuxedo and a woman in a dress. The text reads: 'Eine vollendet gelungene Symphonie von Geschmack und Aroma finden Sie im Genuß unserer feinen zur Einführung gelangenden leichten, aber feinen Adagio-Zigarette 5 Pfg. d. Stck. Prima 10 Pfg. d. Stck. Daneben empfehlen wir Rauchern, welche eine würzig-aromatische Zigarette bevorzugen, unsere Salem Aleikum bekannte und Salem Gold Zigarette 4-15 Pfg. das Stück. Oriental-Tabak- u. Cigarettenfabrik Yenidze-Inh. Hugo Zietz Dresden'.



Ämtlicher Teil.

Auf Blatt 205 des hiesigen Handelsregisters, seit die Firma Gustav Jänner & Co. in Golditz...

Amtsgericht Golditz, 20. März 1925.

Im Handelsregister heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 224 bei der Firma...

Amtsgericht Oberbach, 21. März 1925.

Auf Blatt 164 des Handelsregisters, die Firma Reichard Kurtz in Geier bet., ist heute eingetragen worden...

Amtsgericht Ebersbach, 21. März 1925.

Der Kaufmann Karl Moritz Einxel in Geier ist angegliedert. Das Handelsregister ist von der Firma...

Amtsgericht Ehrenfriedersdorf, am 20. März 1925.

Folgende im Grundbuch für Weieritz auf den Namen des am 9. November 1923 verstorbenen...

Amtsgericht Grimma, 18. März 1925.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 561, die Firma Gustav & Müller, Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

Amtsgericht Großschönau, am 16. März 1925.

Auf Blatt 346 des Handelsregisters, die Kammer Staschel-Küchengesellschaft in Kamenz bet., ist heute folgendes eingetragen worden...

Amtsgericht Kamenz, 9. März 1925.

Auf Blatt 241 des hiesigen Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft unter der Firma...

Auf Blatt 10852 des Handelsregisters des Amtsgerichts Leipzig, betreffend die Firma...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf dem Blatte der Firma...

Amtsgericht Penig.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf dem Blatte der Firma...

Amtsgericht Meerane.

In das hiesige Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 1142, die Firma...

Amtsgericht Meerane, 20. März 1925.

Im Handelsregister wurde heute auf Blatt 458, die Firma...

Amtsgericht Reuditz in Sachsen, den 21. März 1925. Das Amtsgericht.

Auf Blatt 80 des hiesigen Handelsregisters, die Aktiengesellschaft in Firma...

Amtsgericht Reuditz in Sachsen, den 21. März 1925.

Auf Blatt 241 des hiesigen Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft unter der Firma...

Die Gesellschafter Louis Emald Reubert und Max Bruno Reubert sind ausgeschieden.

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

Auf Blatt 10852 des Handelsregisters des Amtsgerichts Leipzig, betreffend die Firma...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf dem Blatte der Firma...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

g) auf dem Blatte der Firma...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

Im das Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf dem Blatte der Firma...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Amtsgericht Döberitz, 16. März 1925.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Inhaberin...

Aus Sachsen.

Zugung für Schulfortschritt des Bundes entschiedener Schullehrer.

Die Zugung des Bundes entschiedener Schullehrer, Delegierte...

Landtagsabgeordneter Lehrer Beckel sprach am Sonntag über die Kulturpolitik...

Herr Reiche, Dozent am pädagogischen Institut in Dresden...

dieser Idee noch abwartend, ja je mehr gegenüber, trotzdem die...

Am Nachmittag sprach Professor Dörflich über das Thema: Um was es geht...

Der Ortgruppenleiter, Lehrer Große, schloß darauf die Zugung...

Ernähigung der Bisagebären zwischen Deutschland und Amerika. Bekanntlich hat die deutsche Regierung...

das die Schule evangelisch oder katholisch werden solle, aber man kann nicht dafür sorgen...

Ernähigung der Bisagebären zwischen Deutschland und Amerika. Bekanntlich hat die deutsche Regierung...

Ernähigung der Bisagebären zwischen Deutschland und Amerika. Bekanntlich hat die deutsche Regierung...

Ernähigung der Bisagebären zwischen Deutschland und Amerika. Bekanntlich hat die deutsche Regierung...

sprechend, ebenfalls ermöglicht werden sollen. Die auf Grund dieses Gesetzes...

Offene Stellen für Geistliche. Im regelmäßigen Verfahren sind zu belegen: die 1. Pfarrstelle...

Leipzig. Die K.-G. Sächsische Werke (die staatlichen Braunkohlenwerke) in Köhlen...

Wartentzügen. In der letzten Stadterordnetenversammlung wurde umschiff des Abnehmens...

wichtig, die Grundzüge der bei diesen Sport...

Kauf. Eine hier abgehaltene Paul besuchte...

Kunstaberg. Die Aufwandsentschädigung für...

Zeits. Wegen Ausbruch der Diphtheritis ist...

Wahlkreiswahl geplant. Das Grundgesetz ist...

Einigungswege. Die Stadtverordneten haben...

Und Vergesslichkeit. Die Stadtverordneten...

Niederlegung. Die weltbekannte Firma Götlich...

Weihen. Als Vorbeugung für Tuberkulose...

Gymnastik und der Stadtschulrat für Kranfengymnastik...

Land- u. Forstwirtschaft.

Sächsische Landwirtschaftliche Ausstellung.

Die Landwirtschaftliche Ausstellung Sachsen, die...

Seit dem Jahre 1887 hat eine sächsische landwirtschaftliche...

Sowohl der sächsische Staat als auch die Stadt...

Die Ausstellung zerfällt in zwei Teile. Der...

der andere der Industrie vom Lande, und dem Gewerbe...

Die Tierguchtabteilung wird mehr als 1000 Tiere...

Zu der Industrieabteilung werden nämlich die land- und forstwirtschaftlichen...

Reiz- und Naturtournee und andere sportliche Veranstaltungen...

Den Höhepunkt der Veranstaltungen dürfte die...

Dresdner Kurse vom 23. März

Table with 2 columns: Deutsche Staatspapiere and various bond types with prices.

Table with 2 columns: Verschiedene Anleihen and various loan types with prices.

Table with 2 columns: Deutsche Pfand- u. Hypothekendarlehen and various mortgage loans with prices.

Table with 2 columns: Wertbeständige Anleihen and various stable-value loans with prices.

Volkswirtschaft und Handel.

Der Jahresabschluss der Reichsbank.

In dem Verwaltungsbericht der Reichsbank für das Jahr 1924...

Die katastrophale Entwertung der Mark im Jahre 1923...

Um die Stabilität einer Inflation zu verhindern und die...

Die Politik der Reichsbank sahete in den Sommermonaten im Zusammenhang mit den Hoffnungen...

Am 11. Oktober 1924 gelang es dem Reichsbankpräsidenten...

Produkten-Vörje zu Dresden.

Produkten-Vörje zu Dresden. Die Preise für verschiedene...

Die Gesamtumsätze bei der Reichsbank im Jahre 1924...

Die Gesamtumsätze aller angekauften Wechsel und Schecks...

Die Preise für verschiedene Waren zu Dresden. Die Preise...

fonds. 55,8 Mill. RM. Rechen dem Reiche und 42,4 Mill. RM. den Anteilseignern zu.

Den Reichsbankpräsidenten C. A. Seidl. In seinem Bericht für 1924...

Die im ganzen betrieblige Entwicklung der Weltmarktverhältnisse...

Die Politik der Reichsbank sahete in den Sommermonaten im Zusammenhang mit den Hoffnungen...

Die Preise für verschiedene Waren zu Dresden. Die Preise...